

Beteiligentransparenzdokumentation

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/4358)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 27. Dezember 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die durch die Corona-Pandemie gebotene Reduzierung der zwischenmenschlichen Kontakte führte dazu, dass nach alternativen Wegen der Zusammenarbeit in Gremien gesucht werden musste. Dies betraf auch die Tätigkeit der Personalvertretungen. Aus diesem Grund wurde die Möglichkeit der Beschlussfassung der Personalräte mittels Umlaufbeschlussverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- und Videokonferenz mit den Änderungen des Thüringer Personalvertretungsgesetzes durch Artikel 8 des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) zunächst befristet bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 und durch Artikel 5 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115) verlängert bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 gesetzlich geregelt. Da die Bewältigung der Corona-Pandemie auch in den nächsten Monaten maßgeblich das Handeln prägen wird, soll diese Möglichkeit über den 31. Dezember 2021 hinaus eröffnet bleiben und die Geltungsdauer der Regelung erneut verlängert werden. Eine abschließende Regelung soll erst nach Auswertung der praktischen Erfahrungen im Umgang mit dieser befristeten Übergangsregelung und einer Abwägung der Erfordernisse erfolgen.

B. Lösung

Erlass eines Änderungsgesetzes, mit welchem die notwendige Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes erfolgt, um dem Regelungsbedürfnis angemessen Rechnung zu tragen

C. Alternativen

Keine; ohne die beabsichtigte Regelung wäre die Beschlussfassung der Personalvertretungen möglicherweise gefährdet.

D. Kosten

Durch die Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 9. November 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Personalvertre-
tungsgesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 17./18./19. November 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In § 37 Abs. 5 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 1 -111-), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115) geändert worden ist, wird die Jahreszahl "2021" durch die Jahreszahl "2023" ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 2021 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Im Thüringer Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 23. Januar 2020 (GVBl. S. 1 -111-), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115), hat sich aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie erneuter Änderungsbedarf ergeben. Die Möglichkeit der Personalräte, Beschlüsse mittels Umlaufbeschlussverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- und Videokonferenz zu fassen, soll über den 31. Dezember 2021 hinaus eröffnet bleiben und die Geltungsdauer der Regelung erneut verlängert werden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Angesichts der noch immer hohen Fallzahlen von Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 ist es nicht in jedem Fall möglich, Sitzungen der Personalvertretungen durchzuführen. Daher wurde mit den Änderungen des Thüringer Personalvertretungsgesetzes durch Artikel 8 des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) und durch Artikel 5 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115) für einen Übergangszeitraum - zunächst bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 - die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Beschlüsse von Personalvertretungen auch im Umlaufverfahren, in elektronischer Abstimmung oder mittels Telefon- oder Videokonferenz gefasst werden können. Diese erweiterte Möglichkeit der Beschlussfassung soll über den 31. Dezember 2021 hinaus eröffnet bleiben, da die Bewältigung der Corona-Pandemie auch die nächsten Monate maßgeblich das Handeln prägen wird. Eine abschließende Regelung soll erst nach Auswertung der praktischen Erfahrungen im Umgang mit dieser befristeten Übergangsregelung und einer Abwägung der Erfordernisse erfolgen.

Zu Artikel 2

Ein Inkrafttreten dieses Änderungsgesetzes am 31. Dezember 2021 ist erforderlich, da die Möglichkeit der Beschlussfassung im Umlaufverfahren, in elektronischer Abstimmung oder mittels Telefon- oder Videokonferenz durch den Personalrat ohne zeitliche Unterbrechung bestehen muss.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

DGB Hessen-Thüringen

Kommunaler Arbeitgeberverband Thüringen e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

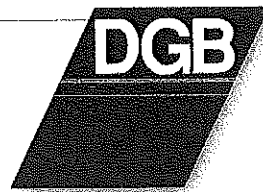
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	<p>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)</p>										

	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Regelung ist sachgerecht, erforderlich und sollte zeitnah beschlossen werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 28.10.2021	



DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 15

- ausschließlich per Mail -

Stellungnahme DGB: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Beteiligung gemäß §§ 95, 96 ThürBG

29. Oktober 2021

Sehr geehrter |
sehr geehrte
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme in o.g. Angelegenheit.

Der DGB begrüßt den vorliegenden Entwurf, mit dem eine Verlängerung der Übergangsregelung in § 37 Abs. 5 ThürPersVG bis Ende 2023 erfolgen soll. Diskussionswürdig kann sein, ob wirklich eine pandemische Lage bis Ende 2023 zu erwarten und die lange Zeitspanne damit erforderlich ist. Wichtiger sind aus unserer Sicht aber ein zügiges Verfahren und ein Beschluss des Thüringer Landtags vor dem 31.12.2021. Eine erneute rückwirkende Inkraftsetzung wäre immer mit Unsicherheit und Konflikten verbunden.

Wir stimmen der vorgesehenen Änderung zu und verzichten auf weitere Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Änderung § 37 Abs. 5 ThürPersVG		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
X	Name	
	Kommunaler Arbeitgeberverband Thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
X	Name	
	Vorname	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Alfred-Hess-Straße 31	
	99094 Erfurt	

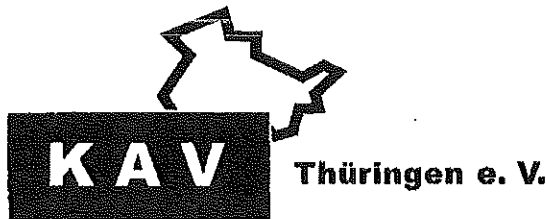
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung der Interessen der Kommunen, Landkreise, Zweckverbände, Sparkassen, und sonstigen kommunalen Einrichtungen des Freistaates Thüringen in arbeits- und tarifrechtlichen Angelegenheiten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Grundsätzlich zu befürworten, allerdings ist die Dauer der Übergangsregelung zu lange bemessen.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 28.10.2021	

Kommunaler Arbeitgeberverband Thüringen e.V.
 99094 Erfurt - Alfred-Hess-Straße 31a
 Tel.: 0361 2 20 11 - 0 / Fax: 0361 2 20 11 - 18
 e-mail: info@kav-thueringen.de



Kommunaler Arbeitgeberverband
Thüringen e. V.
Alfred-Hess-Straße 31 a
99094 Erfurt

Telefon: 03 61 / 2 20 11 - 0
Telefax: 03 61 / 2 20 11 - 18

E-Mail: info@kav-thueringen.de

Internet: www.kav-thueringen.de

KAV Thüringen e. V. • Alfred-Hess-Straße 31 a • 99094 Erfurt

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 15 – Allgemeines Dienstrecht
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
E-Mail 25.10.2021

Aktenzeichen

Erfurt,
26.10.2021

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes
Änderung § 37 Abs. 5 ThürPersVG, Stellungnahme des KAV Thüringen e.V.**

Sehr geehrte
sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst vielen Dank dafür, dass Sie unserem Hause Gelegenheit geben, zur beabsichtigten Verlängerung der Regelungen des § 37 Abs. 5 ThürPersVG Stellung zu nehmen.

Die Handlungsfähigkeit der Personalräte ist auch in Zeiten pandemiebedingter Einschränkungen sicherzustellen. Aus diesen Gründen befürwortet der Kommunale Arbeitgeberverband Thüringen e.V. grundsätzlich die Verlängerung der Möglichkeit des Personalrates, Beschlüsse auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- oder Videokonferenz zu fassen.

Allerdings erscheint die beabsichtigte Verlängerung dieser Regelung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023, d.h. für 2 Jahre überzogen. Die zurückliegende Zeit der Einschränkungen durch die Pandemie hat gezeigt, dass die Problembehandlung in Präsenzsitzungen häufig gründlicher und umfassender ist als bei Nutzung elektronischer Medien. Der Rückgriff auf die Möglichkeiten des § 37 Abs. 5 ThürPersVG sollte deshalb nur dann erfolgen, wenn eine Präsenzsitzung aufgrund pandemiebedingter Einschränkungen nicht möglich ist. Ob diese tatsächlich bis zum 31.12.2023 anhalten, ist beim derzeitigen Stand, auch unter Berücksichtigung der Impfkampagne, nicht abzusehen, so dass unseres Erachtens eine Verlängerung der Regelungen des § 37 Abs. 5 ThürPersVG bis zum Ablauf des 31.12.2022 ausreichend sein dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Justiziarin

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes ; Abstimmung gemäß §§ 95 und 96 ThürBG		
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1/2 ThürBeteilldokG. Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2! Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
2	Name	
	Organisationsform	
	tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Schmidtstedter Str. 9	
	Postleitzahl, Ort	
	99084 Erfurt	
3	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1/2 ThürBeteilldokG)</small>	
4	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaftlicher Spitzenverband im Sinne von § 95 THürBG, Interessenvertretung für beamtete und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst in Thüringen.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zu Verlängerung der Regelung § 37 (5) ThürBersVG bis 31.12.23	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.10.2021	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen
Per E-Mail

Ihre Nachricht vom
25. Oktober 2021

Datum
29. Oktober 2021

Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes; Abstimmung gemäß §§

Sehr geehrte

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Der Verlängerung der Regelung nach § 57 (5) ThürPersVG bis zum 31.12.2023 wird zugestimmt.

Weiterhin möchte ich auf unsere Stellungnahme vom 26.02.2021 verweisen:

210226_tbb-Stellungnahme_Zweites Gesetz Umsetzung erforderl. Maßnahmen Corona Pandemie

Darüber hinaus sollte die Thematik der Wahlvorstände ebenfalls Berücksichtigung finden.

Im nächsten Jahr finden Personalratswahlen statt. Die Wahlen von verfahrensmäßig demokratisch legitimierten Personalvertretungen müssen gewährleistet werden. Es muss insbesondere darum gehen, personalratslose Zeiten zu vermeiden. Das heißt, dass auch in der jetzigen Krise die Wahlvorstände weiterhin für die Durchführung der Wahl verantwortlich sein müssen. Gern. § 1 ThürPersVVO werden alle wahlleitenden Entscheidungen vom Wahlvorstand als Gremium getroffen. Es muss sichergestellt sein, dass die Wahlvorstände selbst handlungsfähig bleiben.

Dafür sollte in der ThürPersVVO eine Regelung aufgenommen werden, dass die Sitzungen des Wahlvorstandes ebenso wie die Sitzungen des Personalrates bei Bedarf mit audiovisueller Kommunikation (Videokonferenz) durchgeführt werden dürfen und die Beschlüsse mittels Umlaufbeschluss bzw. elektronischer Abstimmung gefasst werden dürfen. Erforderlich ist diese Regelung, damit auch den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen des Wahlvorstandes garantiert wird.

Folgender Wortlaut sollte in den v. g. Artikel 5 des Gesetzes mit einfließen:

Dem § 1 der Wahlordnung zum Thüringer Personalvertretungsgesetz (ThürPers-VVO) in der Fassung vom 08. Juni 2019 (GVBl. S. 123, 135) wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 können Beschlüsse des Wahlvorstandes ausnahmsweise auch mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Videokonferenz erfolgen.“

Im Rahmen der Novellierung des ThürPersVG sollte eine dauerhafte und tragfähige Lösung gefunden werden. Der tbb würde auf Grund der aktuellen Eilbedürftigkeit dort seine Sichtweise und Argumente nochmals vortragen.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
tlv thüringer lehrerverband
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Thüringen e.V.
Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen
IG Metall, Bezirksleitung Mitte
Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Thüringischer Landkreistag e.V.
DGB Hessen-Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Richard-Brosius-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Brosius-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Brosius-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ertelt, 06.12.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

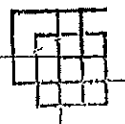
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Gewerkschaftliche Arbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Befürwortung und ein ergänzender Vorschlag	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

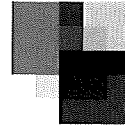
Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt; 02.12.2021	



Thüringer
Lehrerverband

Landesgeschäftsstelle
Tschalkowskistraße 22
99096 ERFURT
Telefon (0361) 30 25 26 -30
Telefax (0361) 30 25 26 - 59 32



tlv thüringer lehrerverband Tschaikowskistr. 22, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
06.12.2021 11:22

2966412021

Landesgeschäftsstelle

Tschaikowskistraße 22
99096 Erfurt
Telefon 0361.302526-30
Telefax 0361.302526-5932
post@tlv.de
www.tlv.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

19.11.2021

Mein Zeichen/
meine Nachricht vom

Datum

02.12.2021

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/4358)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der tlv thüringer lehrerverband bedankt sich für die Möglichkeit, in die Erarbeitung des Gesetzes einbezogen zu werden und eine Stellungnahme abzugeben.

Wir stimmen vollumfänglich der Änderung im Gesetzentwurf Artikel 1 §37 zu.
➔ Ersetzung Jahreszahl „2021“ durch Jahreszahl „2023“

Antworten zu Fragestellungen zum Gesetzentwurf:

1. Wie sind Ihre praktischen Erfahrungen allgemein in Bezug auf alternative Zusammenarbeit von Gremien?

AW: Mittlerweile konnte jeder auf unterschiedlichen Gebieten und in verschiedenen Gremien praktische Erfahrungen sammeln und sich die notwendigen Kenntnisse dazu aneignen.

2. Sehen Sie in den alternativen Formen ein zukünftiges Modell für die Arbeit von Gremien, die dauerhaft beibehalten werden sollten?

AW: Ja, aber nicht ausschließlich, sondern als eines der zur Verfügung stehenden Modelle.

3. Wie sind Ihre Erfahrungen konkret in Bezug auf Beschlussfassungen je mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- und Videokonferenz?

AW: Wir haben bisher mit allen hier angeführten Verfahren Erfahrungen sammeln können und diese je nach konkreter Situation angewandt.

4. Gab es in der Praxis Herausforderungen, die es zu beheben galt? Wenn ja, welche und wie sah/ sieht die Lösung aus?

AW: Nicht immer waren/ sind die technischen Voraussetzungen und/ oder Erfahrungen bei allen Beteiligten gleich gegeben. Durch „Probelaufe“, digitale oder telefonische Erläuterungen und Hilfestellungen konnten diese aber in den meisten Fällen behoben werden.

Der tlv thüringer lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.

Ergänzend möchten wir uns zu den Wahlzeiträumen der Personalratswahlen wie folgt äußern.

Wir fordern flexiblere Wahlzeiträume bzw. eine Veränderung dieser.

Begründung:

Im Bereich Schulen fallen die Wahlen zum BPR bzw. HPR stets auf einen Zeitraum, der ca. zwei Monate vor dem jeweiligen Schuljahresende liegt. Der Wechsel der gewählten Personen so kurz vor dem Schuljahresende ist für den Schulbetrieb äußerst ungünstig. Wir reden hier von einer gesamten Personenzahl (in BPR und HPR) von min. 130 Personen, wechselt davon nur ein Drittel der Gewählten, betrifft das ca. 40 Personen. Dieser Wechsel stellt die Schulen in einer ohnehin angespannten Zeit der Prüfungs- und Abschlussphase vor große Planungsschwierigkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertr. Landesvorsitzender

tlv Landeshauptvorstand

*Der tlv thüringer
lehrrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlv bestens vernetzt.*

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erhebenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GdP</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Amenskr. 389</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GdP	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Amenskr. 389	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	4	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
Name	Organisationsform										
GdP	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Amenskr. 389										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	4										
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Verkehrung von Bediensteten des öffentlichen Dienstes!	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Verlängerung des Geltungsbereichs unter Beachtung der Anordnungen zu Ausstellungen / Möglichkeiten - Ergänzung zur Entscheidung bei hybrid Maßnahmen notwendig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 06.12.2021	



Gewerkschaft der Polizei

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Landesbezirk Thüringen e.V.

Telefon: 0361 / 69895-0

Telefax: 0361 / 69895-11

E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Internet: www.gdp-thueringen.de

Thüringer Landtag

Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Den Mitgliedern des

THÜR. LANDTAG POST

06.12.2021 11:50

22603121

InnKA
.....

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom
19.11.2021

Unser Zeichen

Datum
03.12.2021

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drs. 7/4358

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei bedankt sich für die Möglichkeit der Anhörung.

Die GdP begrüßt grundsätzlich eine Verlängerung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG.
Vor dem Hintergrund der andauernden Covid-19-Pandemie ist Notwendigkeit gegeben.

Die dem Gesetzentwurf in Anlage 3 beigefügten Fragen werden wie folgt beantwortet:

zu 1:

Es ist nicht klar dargelegt, was mit „alternative Formen der Zusammenarbeit“ gemeint ist. Vielmehr geht die GdP davon aus, dass von den in diesem Gesetzesabsatz eingeführten Beschlussformat angefragt sind.

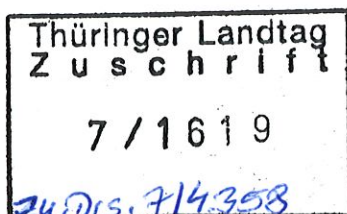
Die Nutzung und die Erfahrungen richten sich meist ausschließlich nach den vorhandenen technischen Ausstattungen der jeweiligen Personalratsmitglieder vor Ort.

Fehlende bzw. Unzureichende Videotechnik bzw. auch die Kostenübernahme für Programme elektronischer Abstimmungsverfahren führt zu bürokratischen und planbaren Hürden, welche eine organisatorische Umsetzung sehr erschweren oder nicht umsetzbar erscheinen lassen.

Grundsätzlich wurde damit zumeist die Telefonkonferenz als alternative Möglichkeiten genutzt. Präsenzsitzung wird in den überwiegenden Gremien bei Möglichkeit jedoch weiterhin vorrangig gewünscht.

zu 2:

Sollten technische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden stellen die alternativen Formen zukunftsfähiges Modelle dar. Neben der Wahl zwischen Präsenz und rein digital sollten auch hybride Sitzungen möglich sein. Es ist aber unbedingt wichtig, dass die Personalräte selbst über den Einsatz alternativer Formen entscheiden können.





Gewerkschaft der Polizei

zu 3:

Mit Verweisung zu den Ausführungen zu Punkt 1 können bisher lediglich die Nutzung der Telefonkonferenz als positives alternatives Mittel der Personalvertretung bestätigt werden.

Die Arbeitsplätze u.a. im Geschäftsbereich der Thüringer Polizei verfügen nicht über eine personenbezogene Internetanbindung. Die Trennung des polizeilichen Systems und die Sicherheitsanforderungen lassen in unserem Bereich weitere Hürde entstehen.

Die Form der Telefonkonferenz ist eine Möglichkeit Präsenzsitzungen zu vermeiden und wird als Alternative genutzt.

Praktizierte Umlaufverfahren sind zu langwierig. Das Umlaufverfahren hat zudem den Nachteil, dass so gut wie kein Austausch unter den Abstimmenden möglich ist und darunter ggf. die Qualität der Beschlussfassung leidet. Hierbei erhalten neue Personalratsgremien und auch Personalratsmitglieder kaum ihre Verständnisfragen beantwortet.

zu 4:

Es gilt die Herausforderungen zu begegnen, die technisch nicht erfahrenen Mitstreiter mitzunehmen.

Problematisch stellte sich die technische Ausstattung dar. Gerade die notwendigen Voraussetzungen für Videokonferenzen sind oft nicht vorhanden. Als Voraussetzung für eine Nutzung digitaler Formate über die Pandemie hinaus muss allen Personalräten bzw. deren Mitglieder auch tatsächlich den Zugang zu den notwendigen Arbeitsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 7/4358											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; padding: 5px;">BDK - LV Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Geschäftsstelle BDK-LV Thür</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Geschwister Scholl Str. 45</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		BDK - LV Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle BDK-LV Thür	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister Scholl Str. 45	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
	BDK - LV Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle BDK-LV Thür										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister Scholl Str. 45										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Gewerkschaftl. Berufsverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Zustimmung der Verlängerung Regelung § 37 Abs. 5. ThürPersVG	
5.	Wurden Sie vom Landtag geboten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokÜ)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 06.12.2021	



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

BDK Landesverband Thüringen | c/o KPI Gotha | Schubertstraße 6 | D-99867 Gotha

Thüringer Landtag
-Innen- und Kommunalausschussausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST

06.12.2021 12:27

29671/2021

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in

Funktion

E-Mail

Telefon

Telefax

+49 (0)

Saalfeld, 06.12.2021

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes

Drucksache 7/4358

Den Mitgliedern des

.....JANNA.....

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t

7 / 1620

zu Dis. 7/4358

Sehr geehrte Herr Stöffler,

für die Übersendung des Gesetzentwurfes sowie die Möglichkeit einer Stellungnahme danke ich Ihnen!

Der BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, Landesverband Thüringen, nimmt wie folgt Stellung:

Durch das Auftreten des Corona Virus SARS-CoV-2 und der damit einhergehenden Krankheit COVID-19 wurde das Leben der Bevölkerung und die Funktion des Gemeinwesens in Thüringen erheblich belastet und beeinflusst. Eine Anpassung gesetzlicher Regelungen in verschiedenen Rechtsbereichen ist daher angezeigt und unverzichtbar.

Der BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, Landesverband Thüringen hat das Dritte Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes und die Regelung zu den Artikeln 1 und 2 zur Kenntnis genommen.



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

Der BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, Landesverband Thüringen begrüßt es, den § 37 ThürPersVG um den Artikel 5 zu verlängern.

So gibt die Änderung bzw. Verlängerung auch weiterhin den Personalräten die Möglichkeit, ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen und dementsprechende Beschlusslagen, trotz reduzierter zwischenmenschlichen Kontakteinschränkungen, ungefährdet herbeizuführen.

Antworten zu den Fragen gem. Anlage 3.

- 1) Es konnten positive praktische Erfahrungen mit der Regelung gesammelt werden, da wichtige Beschlüsse trotz Kontaktbeschränkung zeitgerecht gefasst werden.
- 2) Diese Möglichkeit sollte auch in ein zukunftsfähiges Modell für die Arbeit von Gremien dauerhaft als eine Möglichkeit erhalten bleiben, jedoch ersetzt sie nicht vollumfänglich eine Zusammenkunft der Gremien mit Präsenz, wo die Möglichkeit einer umfangreichen Diskussionskultur besser umzusetzen ist.
- 3) Es wurden alle Möglichkeiten genutzt und die Erfahrungen aus der Vergangenheit sind als Positiv einzuschätzen
- 4) nein

Einer Veröffentlichung dieser Stellungnahme steht nichts entgegen.

Für weitere Gespräche stehe/n wir (ich) Ihnen gern zur Verfügung und verbleibe/n

mit freundlichen Grüßen

29865/2021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	punktspezifische Inkonsistenz im Bildungs- & Wissenschaftsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der GdL Thüringen stimmt den Gesetzesentwurf zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdocumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Graf, 07.12.2021	

THÜR. LANDTAG POST
06.12.2021 12:21

29666/21

// Vorsitzende //

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Vorsitzende

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 6. Dezember 2021

**Stellungnahme der GEW Thüringen: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drs. 7/4358 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zu Stellungnahme zu o.g. Gesetzentwurf.

Die GEW Thüringen begrüßt die vorgesehene Verlängerung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG bis 2023, sieht vor dem Hintergrund der andauernden Covid-19-Pandemie die dringende Notwendigkeit und stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Bezüglich der zusätzlich gestellten Fragen schließen wir uns der Stellungnahme des DGB Hessen-Thüringen ausdrücklich und vollumfänglich an. Einer dauerhaften Änderung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG muss eine Evaluation vorausgehen sowie die notwendigen technischen Voraussetzungen für alle Personalräte geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

31513/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name <u>IG Metall Bezirk Mitte</u> Organisationsform <u>nicht rechtsfähiger Verein</u>
	Geschäfts- oder Dienstadresse <u>Wilhelm-Leuschner-Str. 93</u>
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort <u>60329 Frankfurt</u>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wir engagieren uns als Gewerkschaft für mehr Gerechtigkeit im Betrieb und Gewerkschaft, für faire Entgelte, gute Arbeitsbedingungen, für Tarifverträge und Mitbestimmung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir haben in unserem Beitrag auf die ebenfalls vorliegende Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes verweisen, der wir uns inhaltlich anschließen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt, 20.12.21	



IG Metall Bezirksleitung Mitte
Wilhelm-Leuschner-Straße 93 | 60329 Frankfurt am Main

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2021 08:32

29736/2021

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**IG Metall Mitte Stellungnahme zur Änderung des
Thüringer Personalvertretungsgesetzes**

03.12.2021

Ihr Zeichen:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (Drucksache 7/4358) Stellung beziehen zu dürfen.

Die Zuständigkeit der IG Metall bezieht sich schwerpunktmäßig auf die privatwirtschaftlichen Branchen Metall/Elektro, Stahl, Textil/Bekleidung, Holz/Kunststoff sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Da das Personalvertretungsgesetz nur im öffentlichen Dienst Anwendung findet, verweisen wir auf die Stellungnahme des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, der wir uns inhaltlich anschließen.

**IG Metall
Bezirksleitung Mitte**

Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt am Main

Mit freundlichen Grüßen

30448/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>ARGE IAR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>TMIL</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Weiner-Seidenbinder-Str. 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>990 96 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		ARGE IAR	Geschäfts- oder Dienstadresse	TMIL	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weiner-Seidenbinder-Str. 8	Postleitzahl, Ort	990 96 Erfurt
Name	Organisationsform										
	ARGE IAR										
Geschäfts- oder Dienstadresse	TMIL										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weiner-Seidenbinder-Str. 8										
Postleitzahl, Ort	990 96 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Personalrechtl. Vertretung der Landesbediensteten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Fristverlängerung zugestimmt dauerhafte Implementierung im Gesetz	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	(Empty space for answer)	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erlau, 13.12.2021	

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Postfach 90 03 62 · 99106 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2021 08:37

29741/2021

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

Vorsitzender

Drittes Gesetz zur Änderung des ThürPersVG
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/4358

Erfurt, 6. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte bedankt sich für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme. Die Antworten sind eine Zusammenstellung der Erfahrungen der Personalräte mit den Regelungen des § 37 (5) ThürPersVG. Allgemein bleibt festzustellen, dass der Netzausbau und die Bandbreitenversorgung in Thüringen nicht dem entsprechenden technischen Erfordernis genügt, um die Möglichkeiten des § 37 (5) ThürPersVG in der Gänze umzusetzen. Des Weiteren sind auf Grund der Vorgaben zum Datenschutz, die wir generell begrüßen, die wenigen zugelassenen Programme (wie DAP) noch nicht für alle Anwendungen und für moderne Arbeitsformen geeignet.

Frage 1: Wie sind ihre praktischen Erfahrungen allgemein in Bezug auf alternative Zusammenarbeit von Gremien?

Es wird festgestellt, dass die aktuelle Regelung begrüßt wird. Der Personalrat hat selbst die Möglichkeit zu entscheiden, für welches Verfahren er sich ausspricht. Abstimmungsprozesse können beschleunigt und Sachverhalte kurzfristig erörtert werden. Die Erfahrungen der Personalräte (PR) in Thüringen sind sehr differenziert. Viele haben die neuen Möglichkeiten mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- oder Videokonferenz genutzt. Die Praxis hat gezeigt, dass sich nicht alle Personalratsmitglieder gleich aktiv in diese Konferenzen einbringen. Hier besteht ein signifikanter Unterschied zu Präsenzsitzungen. Die Kluft zwischen Technikunvertrauten und Technikaffinen wird größer. Alternativen sind möglich und funktionieren, können aber Präsenzsitzungen nicht vollumfänglich ersetzen.

Für Höreingeschränkte ist die Onlinevariante keine Option, weil das Lippenlesen über den Bildschirm gar nicht funktioniert. Der Schriftdolmetscher funktioniert, aber nur mit recht großer Zeitverzögerung. Die technischen Vorausset-

Thüringer Ministerium für
Infrastruktur und Landwirtschaft
Telefon 0361 3791-000
Telefax 0361 3791-099
poststelle@tml.thueringen.de
www.tml.info

Dienstgebäude 1
Abt. „Zentralabteilung“
Abt. „Städte- und Wohnungsbau,
Staatlicher Hochbau“
Abt. „Verkehr“
Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt

Dienstgebäude 2
Abt. „Strategische Landesentwick-
lung, Kataster- und Vermessungs-
wesen“, „Serviceagentur Demografi-
scher Wandel“
Abt. „Ländlicher Raum, Forsten“
Max-Reger-Straße 4-8
99096 Erfurt

Dienstgebäude 3
Abt. „Landwirtschaft, Markt, Ernäh-
rung“
Beethovenstraße 3
99096 Erfurt

zungen müssen gegeben sein, um eine alternative Gremienarbeit gewährleisten zu können. Dies ist in Thüringen nicht flächendeckend gegeben. Die Erfahrungen mit Telefonkonferenzen sind überwiegend negativ.

Des Weiteren nutzen viele PR die gebotenen Möglichkeiten, nach vorheriger Bereitstellung der Unterlagen in der DAP Abstimmungen vorzunehmen. Mittels E-Mail oder telefonisch werden die Ergebnisse dokumentiert.

Frage 2: Sehen sie in den alternativen Formen ein zukunftsfähiges Modell für die Arbeit von Gremien, die dauerhaft beibehalten werden sollten?

Die PR gehen sehr bewusst mit dem Thema Sitzungen/Meinungsbildung um. An erster Stelle steht immer die Durchführung in Präsenz, wenn keine anderen Regelungen dem entgegenstehen. Für kurzfristige Vorlagen bzw. in pandemischen Zeiten sind verschiedene alternative Formen ein zukunftsfähiges Modell, welches dauerhaft zur Verfügung stehen sollte. Die Situation, dass auf Grund des Gesetzes das Handeln des PR eingeschränkt oder sogar nicht möglich ist – wie wir es erlebt haben – darf nicht wieder eintreten. Die alternativen Formen dürfen nicht dazu führen, dass die Dienststellen Einfluss darauf nehmen, welche alternative Form zur Anwendung kommt. Argumente wie Zeit- und Fahrtkostensparnis und fehlende Raumkapazitäten dürfen nicht die Gremienarbeit der PR beeinflussen! Die Hoheit der Entscheidung, welches Modell gewählt wird, muss immer bei den PR liegen.

Generell sollten die alternativen Formen dauerhaft beibehalten werden und sind als zukunftsfähig anzusehen. Eine weitere Optimierung wäre wünschenswert.

Frage 3: Wie sind ihre Erfahrungen konkret in Bezug auf Beschlussfassungen je mittels Umlaufbeschlussverfahren elektronischer Abstimmung oder Telefon- und Videokonferenz? Wurden alle Möglichkeiten genutzt?

Um schnell zu einem Ergebnis zu kommen, z. B. für Personalentscheidungen, sind alle aufgeführten Möglichkeiten zur Beschlussfassung sinnvoll. Dies erfordert gut organisierte und mit allen Voraussetzungen ausgestattete Arbeitsplätze. Abstimmungstools wurden dazu bisher wenig genutzt. Beschlussfassungen müssen nachvollziehbar dokumentiert und beweissicher sein. Umlaufbeschlussfassungen sind aufwendiger als Beschlussfassungen in Videokonferenzen.

Frage 4: Gab es in der Praxis Herausforderungen, die es zu beheben galt? Wenn ja, welche und wie sah/sieht die Lösung aus?

Alle Personalräte sind froh über diese Möglichkeiten, haben aber auch festgestellt, dass diese nur eine „Notvariante“ bleiben sollten, weil sie den Austausch in Präsenz, der umfassender ist und eine eigene Dynamik entwickelt, nicht ersetzen können. Das ist insbesondere dann so, wenn die zu klärenden Fragen und Probleme strittig untereinander oder strittig zwischen PR und Dienststelle diskutiert werden.

Wünschenswert wäre:

- Die Gremienarbeit könnte wesentlich effektiver ablaufen, wenn eine entsprechende technische Ausstattung jedes PR-Mitglied mit Tablet oder Laptop erfolgen würde, unabhängig von der aktuellen Lage und im Sinne

der Digitalisierung – natürlich immer unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Dies würde wesentlich zur Ressourceneinsparung beitragen.

- Gegebenenfalls sollte das ThürPersVG in Hinblick auf Pandemien ertüchtigt werden. Zum Beispiel wäre eine Regelung zur „Entpflichtung“ der Durchführung einer Personalversammlung in Pandemiezeiträumen wünschenswert.

Die Einbindung von Höreingeschränkten ist nicht gut gelungen.

Wir würden eine schnelle Umsetzung dieser Änderung als Ergänzung zur Personalratsarbeit mehr als begrüßen und verweisen darauf, dass es die Präsenzsitzungen von Personalräten in keiner Weise einschränken darf.

Die Mitglieder von Personalvertretungen sollten sich regelmäßig im Umgang und Gebrauch und den hierzu erforderlichen technischen Möglichkeiten weiterbilden können.

Es müssen ausreichende technische Voraussetzungen für die Durchführung von Videokonferenzen geschaffen werden.

Der Verlängerung der Regelung, ausnahmsweise Beschlüsse mittels Umlaufverfahren, elektronischer Abstimmung oder Telefon- oder Videokonferenz bis zum 31.12.2023 zu fassen, wird zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der ARGE HPR

Anlage
Stellungnahme der TSK

2. Dezember 2021

Stellungnahme der Personalvertretungen der TSK im Anhörungsverfahren des TLT zur Verlängerung von § 37 Abs. 5 ThürPersVG

In den Personalvertretungen im Geschäftsbereich der TSK wurden angesichts der Herausforderungen der Corona-Pandemie und nach Eröffnung der gesetzlichen Möglichkeit durch die befristete Modifizierung von § 37 Abs.5 ThürPersVG vor allem die Durchführung von Sitzungen und Beschlussfassungen im Rahmen von Telefon- und Videokonferenzen genutzt.

Durch die seitens der Dienststelle(n) zur Verfügung gestellten technischen Einrichtungen konnten alle Möglichkeiten genutzt werden, so dass Sitzungen in Präsenz, hybrid und ausschließlich virtuell stattfanden. Die Entscheidung über die Durchführung einer Sitzung als Präsenz- oder online-Sitzung lag alleine bei den Personalräten, so dass diese eigenständig über das Format der Sitzungen entscheiden konnten.

Umlaufbeschlüsse im schriftlichen Verfahren per Mail (elektronische Beschlussfassungen) fanden meines Wissens nur äußerst selten statt und waren reine Ausnahmen auf Grund von zeitlichen Erfordernissen.

Als digitale Kommunikationsmöglichkeit wurde zudem die Durchführung einer Personalversammlung als Videokonferenz genutzt (wobei die Teilnahmequote erheblich höher als bei den bislang üblichen Präsenzveranstaltungen war). Die Sicherstellung der Nichtöffentlichkeit der Personalversammlung wurde im Vorfeld und in der Versammlung ausdrücklich hervorgehoben, ebenso erfolgten Hinweise zum Verbot der Aufzeichnung der Personalversammlung.

Insgesamt waren die bisherigen Erfahrungen positiv, auch wenn die Präsenzsitzung der Regelfall für eine Personalratssitzung ist und bleiben sollte.

Dennoch ist zu bedenken, ob bei einer Novellierung des ThürPersVG 2019 nicht auch Regelungen zu digitalen Personalratssitzungen und klarstellende Vorschriften zum Einsatz elektronischer Kommunikation aufgenommen werden sollten. Ein (weiterer) Digitalisierungsschub würde z.B. durch ein elektronisches Zugangsrecht der Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen, die zusätzliche Möglichkeit der Beschlussfassung im elektronischen Umlaufverfahren, Online-Sprechstunden, die reguläre Möglichkeit der digitalen Übertragung von Personalversammlungen sowie digitale Verhandlungsmöglichkeiten für die Einigungsstelle erfolgen. So könnte – unter Verweis auf die Erfahrungen der Corona-Pandemie – die Digitalisierung der Personalratsarbeit als einer der Schwerpunkte der digitalisierungsbezogenen Anpassungen des ThürPersVG angesehen werden. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass sich aus den neuen Möglichkeiten kein „Digitalisierungszwang“ ergibt, sondern die Nutzung neuer technischer Mittel immer der freien Entscheidung der Personalvertretungen unterliegt.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4358 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	TBB BEAMTEN BUND UND TARIFUNION THÜRINGEN
	VEREIN
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	SCHMIDTSTEDTER STR. 8
	Postleitzahl, Ort
	99084 ERFURT
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 07.12.2021	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Per E-Mail

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2021 10:31

29776/2021

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen
Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521

Telefax: 0361.6547522

E-Mail: post@dbbth.de

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
19. November 2021

Datum
07. Dezember 2021

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes Schriftliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO Thüringer Landtag

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Der tbb stimmt der Verlängerung der befristeten Regelung zu.

Zu den Fragen:

Zu 1. Praktische Erfahrungen

Die Personalräte unserer Fachgewerkschaften haben das Format der Umlaufbeschlüsse und noch mehr das der Videokonferenzen genutzt. Dabei stellten sich vor allem die Nutzung der Videokonferenz mit Abstimmungstools als gut geeignetes Mittel dar, vor allem für große und übergreifende Gremiensitzungen. Diese Form der Zusammenarbeit kommt der Präsenzveranstaltung nah und sollte technisch ausgebaut und für Notsituationen beibehalten werden, eventuell auch für unverschuldet kurzfristige Entscheidungen.

Im Regelfall wurden digitale Sitzungen über die Thüringer Datenaustauschplattform durchgeführt. Die Personalräte beklagten, dass die technische Zuverlässigkeit und Stabilität der Datenleitungen nicht souverän gegeben waren.

Da mit diesem Medium Sitzungen auch sehr kurzfristig möglich erscheinen, zeigt sich in einzelnen Dienststellen die Tendenz seitens des Dienstherrn, Maßnahmen außerhalb der regulären Sitzungen deutlich kurzfristiger zu beantragen.

Die Teilnahme an Video- oder Telefonkonferenzen wird von Seiten der Personalräte recht unterschiedlich bewertet. Einerseits schätzt man die verkürzte Reisetätigkeit und die kürzere Dauer von Personalratssitzungen, andererseits empfindet man diese Sitzungen als psychisch deutlich anstrengender als Präsenzsitzungen insbesondere bei Sitzungen, die ganze Tage andauern.

Als Fazit wurde uns übermittelt, dass Video- oder Telefonkonferenzen für Sitzungen bis zu max. einer Stunde sehr gut als Ersatz für „Dienstberatungen“ und Abstimmungsrunden über Ergebnisse usw. geeignet seien. Das Medium der Video- oder Telefonkonferenz ist bei Diskussionsgremien oder kreativer Arbeit ungeeignet, weil ein intensiver Meinungsaustausch auf Grund der mentalen Beschränkungen (keine Körpersprache) und der technischen Hindernisse (Sprachqualität, Ausfälle) nicht stattfindet.

Zu 2. Dauerhaft behalten?

Als Möglichkeit, in Notsituationen schnell und kontaktlos reagieren zu können wird diese Lösung auch dauerhaft akzeptiert werden und sollte als solche auch dauerhaft etabliert werden. Was eine Notsituation ist, sollte sehr restriktiv gehandhabt werden und bereits im Vorfeld festgelegt sein, z.B. Pandemiesituationen.

Bei einer grundsätzlichen „Freigabe“ von Personalratssitzungen per Video- bzw. Telefonkonferenz besteht die Gefahr eines „Zwanges“ durch den Dienstherrn, aus Termin- und Kostengründen.

Zu 3. Nutzung der Möglichkeiten

Es wurden alle Möglichkeiten genutzt jedoch von Dienststelle zu Dienststelle mit unterschiedlichen Erfahrungen.

Zu 4. Herausforderungen?

Als Herausforderung wurde generell die fehlende Bandbreite und teilweise auch die tatsächlichen Zugangsmöglichkeiten (technische Ausstattung der Personalräte) empfunden. Auch, welche Geräte (auch privat angeschaffte?) für die Teilnahme an Sitzungen genutzt werden können.

Große Fragen blieben auch bei der Notwendigkeit geheimer Abstimmungen offen. Teilweise versuchten Dienstherrn die Personalräte in die „Non-Präsenz-Varianten“ der Sitzungen aus Gründen des Haushaltes zu verweisen. Hier fehlt es an klaren Vorgaben im Gesetz.

Ebenso gab es Probleme, hörbeeinträchtigte Kolleginnen und Kollegen ohne Schwierigkeiten einzubinden.

Auch gab es rechtliche Probleme, z.B. wenn ein eingeladenes Mitglied aus technischen Gründen an der Sitzung nicht teilnehmen kann, was gilt dann?

Größtes Problem war aber, dass durch Nutzung der digitalen Formen ein tatsächlicher Meinungsaustausch in Form einer offenen Diskussion nicht erfolgt ist. Diese macht jedoch hauptsächlich die Personalratsarbeit und Meinungsfindung in Personalräten aus.

Die Sicherung des Datenschutzes mit den vom Dienstherrn zur Verfügung gestellten technischen Möglichkeiten erlaubt nicht immer eine tatsächliche Arbeit unter Datenschutzbedingungen. Die Möglichkeiten sind hier offiziell sehr eingeschränkt. Dies führt zu Nutzung privater Technik und Programme, bei denen der Datenschutz nicht immer gewährleistet werden kann.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/4358											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Postfach 900 413</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99107 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 900 413	Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 900 413									
Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

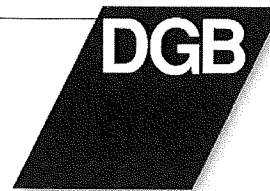
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drs. 7/4358 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td style="border: none;">nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</small>										
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 5%;"><input checked="" type="checkbox"/></td> <td>befürwortet,</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td>abgelehnt,</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td>ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?</td> </tr> </table>	<input checked="" type="checkbox"/>	befürwortet,	<input type="checkbox"/>	abgelehnt,	<input type="checkbox"/>	ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?				
<input checked="" type="checkbox"/>	befürwortet,										
<input type="checkbox"/>	abgelehnt,										
<input type="checkbox"/>	ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der DGB Hessen-Thüringen begrüßt die vorgesehene Verlängerung des § 37 Abs. 5 Thür-PersVG bis 2023, sieht vor dem Hintergrund der andauernden Covid-19-Pandemie die dringende Notwendigkeit und stimmt dem Gesetzentwurf zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 07.12.2021	



DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss

- Ausschließlich per Mail -

THÜR. LANDTAG POST
08.12.2021 06:34

29892/2021

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drs. 7/4358 -

7. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich im Namen des DGB Hessen-Thüringen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Vorausschicken möchte ich, dass eine Anhörungsfrist von weniger als 14 Tagen (Posteingang am 24.11.2021) für die DGB-Gewerkschaften eine erhebliche Herausforderung ist. Wir haben hohes Interesse an einer nahtlosen Weitergeltung des § 37 Abs. 5 ThürPersVG und möchten die Gesetzesberatung nicht verzögern. Allerdings ist die Arbeit des DGB Hessen-Thüringen auf die Beteiligung der Mitgliedsgewerkschaften und die Bündelung der Positionen ihrer Mitglieder angelegt, was innerhalb so einer kurzen Frist schwer zu realisieren ist.

Zum Inhalt des Gesetzentwurfs

Der DGB Hessen-Thüringen begrüßt die vorgesehene Verlängerung der Regelung in § 37 Abs. 5 ThürPersVG bis 2023, sieht vor dem Hintergrund der andauernden Covid-19-Pandemie die dringende Notwendigkeit und stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Die dem Gesetzentwurf in Anlage 3 beigefügten Fragen beantworten wir wie folgt:

zu 1.:

Wir gehen davon aus, dass mit „alternative Formen der Zusammenarbeit“ die neu eingeführten Beschlussformate gemeint sind und beziehen uns im Folgenden darauf.

Die Nutzung und die Erfahrungen unterscheiden sich deutlich zwischen den Verwaltungsbereichen und anhand der vorhandenen technischen Ausstattung. Es gibt Gremien, die in geeigneten Räumen pandemiekonform ausschließlich in Präsenz getagt haben, während sich andere gar nicht mehr persönlich getroffen, sondern andere Beschlussformen gewählt haben.

Die Erfahrungen mit den neuen Formen waren insgesamt zumeist gut, bis durchwachsen. Dabei ist zu beachten, dass diese Bewertung vor dem Hintergrund der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen erfolgt. Das Fehlen von Videotechnik wird generell angemerkt.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

Ganz überwiegend wurde die Erfahrung gemacht, dass die soziale Interaktion eingeschränkt ist, andererseits aber auch die Hürden für eine Sitzungsteilnahme niedriger sind. Vielfach treten technische Probleme auf (schlechter Ton, sodass einzelne Teilnehmende nicht zu verstehen sind/Teilnehmende „fliegen raus“), die eine lebendige und intensive Diskussion erschweren bis verunmöglichen. Einigkeit besteht darin, dass gerade bei komplizierten und strittigen Sachverhalten eine digitale Form die direkte Kommunikation nicht ersetzen kann. Die Rückkehr ausschließlich in den Präsenzbetrieb wird dennoch in vielen Gremien kritisch gesehen. Die Möglichkeit der schnellen und flexiblen Absprache wird geschätzt.

zu 2.:

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Diskussion nicht abgeschlossen. Eine endgültige Entscheidung zur Aufnahme alternativer Formen der Zusammenarbeit in das Thüringer Personalvertretungsgesetz sollte nach dem Ende der Ausnahmesituation der Corona-Pandemie unter Berücksichtigung der dann eingetretenen Änderungen in der Arbeitswelt und der gemachten Erfahrungen erfolgen.

Überwiegend wird in den neuen Formen der Zusammenarbeit ein zukunftsfähiges Modell gesehen. Neben der Wahl zwischen Präsenz und rein digital sollten auch hybride Sitzungen möglich sein.

Es ist aber unbedingt zu sichern, dass die Personalräte selbst und ohne Beeinflussung über den Einsatz alternativer Formen entscheiden können. Befürwortet wird der Einsatz elektronischer Formate insgesamt, wenn diese lediglich ergänzend - wie nach dem aktuellen Wortlaut „ausnahmsweise“ - und bei passenden Sitzungsgegenständen eingesetzt werden. Auch eher ablehnende Kolleg:innen können sich den Einsatz der neuen Formen in der Zukunft vorstellen, wenn diese auf Ausnahme- und Sonderfälle beschränkt werden.

zu 3.:

Alle neu eröffneten Möglichkeiten wurden genutzt: Umlaufverfahren, elektronische Abstimmungen, Telefon- und Videokonferenzen.

Im Bereich der Polizei wurden ausschließlich Telefonkonferenzen durchgeführt, da den Personalräten dort keine dienstliche Videokonferenztechnik zur Verfügung steht und die Arbeitsplätze i.d.R. auch über keine Internetanbindung verfügen. Die Form der Telefonkonferenz wurde in diesem Fall eher als schlechtere Alternative im Vergleich zur Präsenzsitzung wahrgenommen.

Das Umlaufverfahren wird als zu langwierig kritisiert. Es hat zudem den Nachteil, dass so gut wie kein Austausch zwischen den Abstimmenden möglich ist und darunter ggf. die Qualität der Beschlussfassung leidet. Auch können sich neue Personalratsgremien kaum kennen lernen. Teils wurden aber auch mit Umlaufverfahren gute Erfahrungen gemacht, sodass diese Form weiter genutzt werden soll.

zu 4.:

In allen Bereichen stellte sich die Herausforderung, auch technisch nicht erfahrene Kolleg:innen mitzunehmen. In vielen Gremien haben die Mitglieder die Nutzung der Technik gemeinsam geübt und sich gegenseitig ihre Handhabung beigebracht.

Problematisch ist und bleibt die technische Ausstattung. Die notwendigen Voraussetzungen für Videokonferenzen sind oft nicht vorhanden. Zur durch den Dienstherrn zur Verfügung gestellten Technik gehören regelmäßig weder Kamera noch Mikrofon. Als Voraussetzung für eine Nutzung digitaler Formate über die Pandemie hinaus wird aber benannt, dass alle Personalräte bzw. deren Mitglieder auch tatsächlich den Zugang zu den notwendigen Arbeitsmitteln haben.

Fragen des Datenschutzes sind ungenügend gelöst. So bestehen in einigen Gremien Probleme bei der Auswahl und Etablierung datenschutzkonformer Kommunikationswerkzeuge. Problematisiert werden außerdem, dass die Vertraulichkeit von Sitzungsinhalten nicht gewährleistet werden kann und die Schwierigkeit, geheime Abstimmungen durchzuführen.

Schließlich kann der Einsatz von Technik, ergänzend zur mit Zeit und Aufwand verbundenen Präsenz, Teilhabebarrieren abbauen, aber auch neue Barrieren schaffen. Nicht gelöst werden konnte in einem Gremium das Problem der Einbindung von Hörbehinderten. Der Einsatz einer Schriftdolmetscherin konnte nur eingeschränkt Abhilfe verschaffen, da die Übersetzung zu viel Zeit in Anspruch nahm.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)